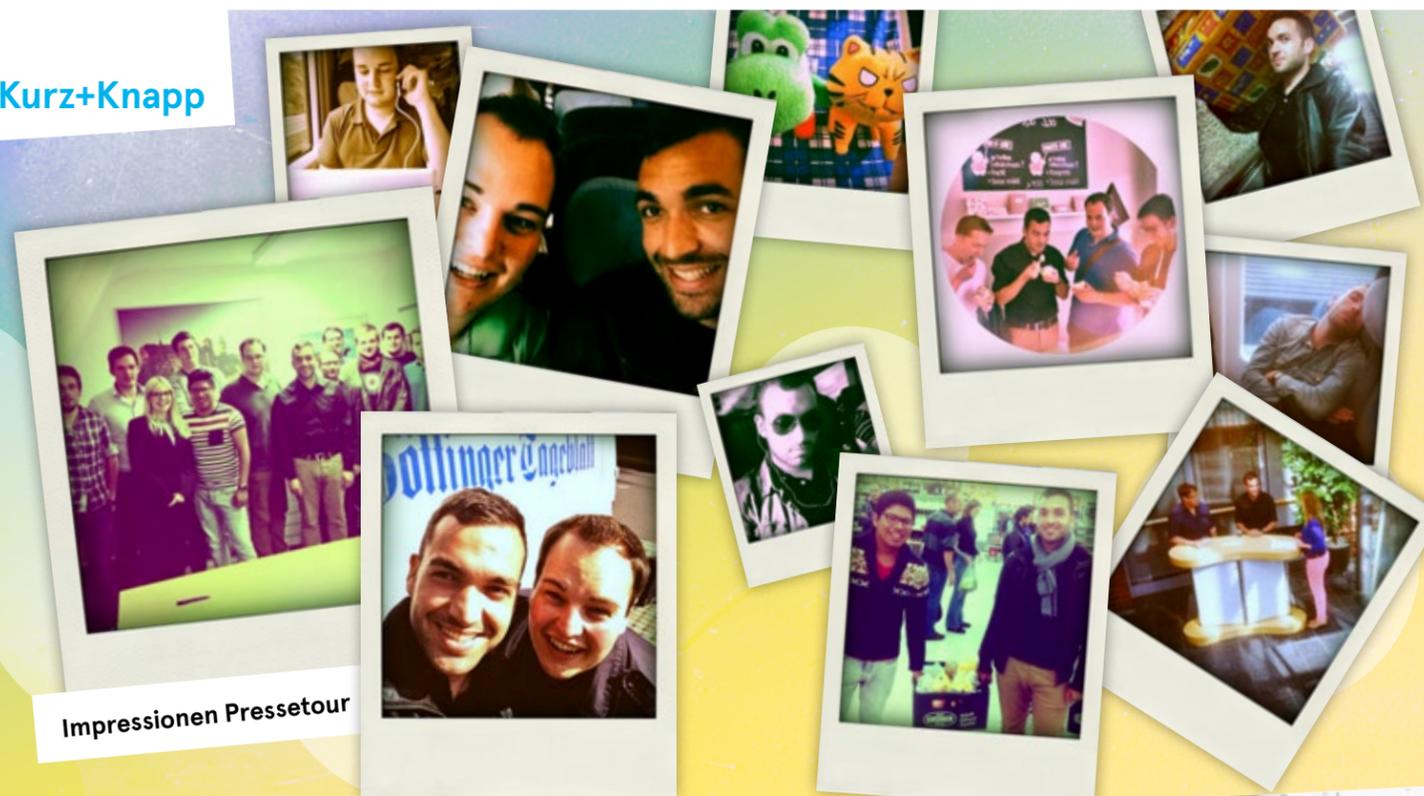




jung+liberal

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen





Impressionen Preetour

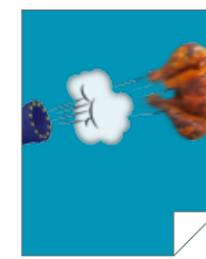
Sommer- Impressionen



Impressionen Sommerakademie



Inhalt 03/2014



4-5 Der Lebensmittel-Nationalismus

Durch Agrarsubventionen und Handelsbarrieren wird der Hunger und die Armut in der Welt nur verschärft.



10-11 Lebensmittelverschwendung – ein Thema für alle Beteiligten

Deutschland hat sich zu einer Wegwerfgesellschaft entwickelt. Um dem entgegenzuwirken müssen aber nicht nur die Verbraucher bewusster essen.



14-15 Replik: Deutschland bildet niemanden aus – jeder bildet sich selbst

Bildung darf nicht nur unter volkswirtschaftlichen Aspekten betrachtet werden. Was Bildung ist, das muss jeder Einzelne für sich selbst entscheiden.



20-21 Große Klappe und viel dahinter

Bei der Neuaufstellung der FDP müssen wir kommunizieren wofür wir stehen, nicht nur wogegen.

- 4 Der Lebensmittel-Nationalismus
- 6 Aber mein Heilpraktiker hat gesagt, das ist gefährlich!
- 8 Gib mir den goldenen Reis!
- 10 Lebensmittelverschwendung
- 12 Biodiesel vs. Welternährung
- 14 Deutschland bildet niemanden aus – jeder bildet sich selbst. *Replik*
- 16 Guten Tag, ich heiße Kevin *Replik*
- 17 Sind wir nicht alle ein bisschen hochbegabt?
- 18 Große Klappe und viel dahinter
- 20 Flyerando 2.0
- 22 Internationale Seiten
- 23 Impressum

Editorial

Liebe JuLis,

Hauptsache wir sind satt?!

Der globale Hunger ist durchschnittlich gesunken, aber immer noch von hoher Brisanz: Vor allem Mangelscheinungen sind in Entwicklungsländern weiterhin eine problematische Angelegenheit. In unseren Breitengraden spielt Hunger dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Häufig stehen die Menschen vor dem Kühlschrank und wundern sich wie viel doch wieder übergeblieben ist vom letzten Einkauf. Der so eben abgelaufene Joghurt wird kurzum weggeworfen. Aber nicht nur die Lebensmittelverschwendung ist ein Problem, sondern auch die Diskrepanz zwischen einem exponentiellen Bevölkerungswachstum in Dritte-Welt-Ländern und größer werdendem Hunger und Lebensmittelknappheit. Hinzu kommt unsere Angst vor der Verwendung neuer Technologien zur Bekämpfung von Unterernährung. Das rote Tuch Gentechnik wird auch deshalb nur mit der Pinzette angefasst. Hierzulande spielt politischer Konsens noch eine größere Rolle als eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit einer Problematik außerhalb des täglichen Dunstkreises.

Die EU ist überzeugt von einer angemessenen Agrarpolitik. Doch Handelsbarrieren und Agrarsubventionen sind sicherlich nicht der Weisheit letzter Schluss.

Wir benötigen eine vorausschauende Politik, die auch langfristig zu einem Rückgang von Armut und Hungersnöten führt. Nachhaltige Konzepte sind bereits existent, jedoch schwerlich umsetzbar: Handelsbeschränkungen, Agrarsubventionen, grüne Gentechnik und Golden Rice sind in dieser Ausgabe deshalb Schlagworte, die wir eingehender beleuchten wollen. Ist Gentechnik wirklich so gefährlich, oder doch eher Chance als Risiko? Gibt es vielleicht politisch unbequeme Lösungen die es nur durchzusetzen gilt? Und was macht Biodiesel so unökologisch?

Außerdem werden wir in dieser Auflage das Thema „Bildung“ auf einigen Seiten erneut aufgreifen, um der großen Diskussion im Nachhinein einen weiteren Raum zu geben.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Eure Jeanine

P.S.: Im kommenden Heft werden wir die „Respektgesellschaft“ zum Schwerpunkt machen. Gerne können dafür noch Artikelideen eingesandt werden. Mehr dazu findet ihr im Impressum.



Jeanine im Netz
 email jundl@julis.de
 facebook [jeanine.f.weiss](https://www.facebook.com/jeanine.f.weiss)



Der Lebensmittel-Nationalismus

Agrarsubventionen und Handelsbarrieren sollen die heimische Landwirtschaft erhalten. Sie verschärfen aber vor allem Hunger und Armut in der Welt.

Als zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Getreidepreise in Europa fielen, verabschiedete das Parlament in Großbritannien die sogenannten Corn Laws. Durch sie wurde die Einfuhr von günstigem Weizen aus dem Ausland verboten. Während die Grundbesitzer das Importverbot befürworteten und davon profitierten, wurde die Bevölkerung benachteiligt. Die Brotpreise stiegen, es kam zu Hungersnöten und Aufständen.

Richard Cobden war einer der prominentesten Gegner der Reform. Mit seinen Mitstreitern im Parlament kämpfte er dafür, die schädlichen Korngesetze und andere Handelsbeschränkungen zu beseitigen.

Denn Cobden handelte nach Ricardos Theorie vom komparativen Kostenvorteil: Danach bringt freier Handel mit den Nachbarländern für alle Beteiligten Vorteile. Ein bestimmtes Wirtschaftsgut kann an manchen Orten der Welt günstiger und besser hergestellt werden als an anderen. Wenn ein Land besonders günstig Getreide produziert und ein anderes Land sehr gute Bedingungen für den Weinan-

bau hat, ist es sinnvoll, dass diese Länder miteinander handeln. Die Landwirtschaft spezialisiert sich und die Menschen in beiden Ländern können sich sowohl Wein als auch Brot leisten.

Zölle, Importverbote und Einfuhrbeschränkungen hemmen den freien Austausch von Waren und Dienstleistungen und verhindern die positiven Effekte des Freihandels. Subventionen verzerren den Wettbewerb und verschaffen inländischen Anbietern einen Vorteil gegenüber der Konkurrenz aus dem Ausland. Staaten ergreifen solche Maßnahmen gerne, um ihre eigene Wirtschaft vor dem globalen Wettbewerb zu schützen. Der Protektionismus hat einen kurzfristigen Nutzen für die geschützten Unternehmen, langfristig fügt er aber den Menschen einer Volkswirtschaft großen Schaden zu.

Was haben wir in Europa von Cobden gelernt?

Was würde Cobden über das heutige Europa denken? Die Antwort darauf ist kompliziert. Die EU ist eine große Freihandelszone und ba-

siert auf der Idee, dass grenzüberschreitender Wirtschaftsverkehr ein entscheidender Faktor für Fortschritt und Wohlstand der europäischen Völker ist. Dass Kinder in Europa Mauern, Grenzposten und Zollstationen nur noch aus Schulbüchern kennen, ist die vielleicht größte Erfolgsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Für den europäischen Binnenmarkt hätte Richard Cobden nur Worte des Lobes übrig.

Für die Handelsbeziehungen der EU-Staaten mit dem Rest der Welt fielen sein Urteil dagegen verheerend aus. Das Prinzip der Abschottung und Übervorteilung gilt genauso wie im 19. Jahrhundert, als englische Adelige ihre Pfründe verteidigten. Importzölle, Mengenbeschränkungen und andere Barrieren werden heute zum Schutz der Landwirte in der EU gegen Konkurrenz aus dem Rest der Welt errichtet.

Schon kleine Veränderungen in diesem System der Benachteiligung werden als großer Durchbruch verkauft.

Anfang des Jahres erklärte EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș, endlich die für Entwicklungsländer in Afrika extrem schädlichen Exportsubventionen zu kippen. Die Beihilfen führen zum Beispiel dazu, dass der Markt in Ghana mit absurd billigem Hühnerfleisch aus

der EU geflutet wird und heimische Geflügelbauern keine Chance mehr haben.

Die Exportbeihilfen wurden aber schon in den letzten Jahrzehnten immer weiter zurückgefahren. Es geht heute nur noch um einen vergleichsweise geringen Betrag von etwa 150 Millionen Euro. Das viel größere Problem sind die Produktions-Subventionen.

Echte Marktwirtschaft wird man in der europäischen Agrarpolitik nicht vorfinden

Die EU verwendet mit etwa 60 Milliarden Euro über 40 Prozent ihres Haushalts für Agrarsubventionen – ein riesiger Umverteilungsmechanismus, mit dem Steuergeld in die Landwirtschaft gepumpt wird. Und wofür die vielen Milliarden? Dafür gab es in den letzten Jahrzehnten unterschiedliche Erklärungen, immer passend zum aktuellen Zeitgeist: Erst sollte über Preisgarantien die Versorgung der Bevölkerung planwirtschaftlich organisiert werden, später sah man die heimischen „Kulturlandschaften“ in Gefahr und heute werden die Zahlungen an den ökologischen und nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft geknüpft.

Egal unter welchen Vorzeichen die gemeinsame Agrarpolitik der EU stand: Von echter Marktwirtschaft sind Bauern in Europa bisher verschont geblieben und werden es wohl auch bleiben. Eine große Rolle dürfte dabei die gute Lobbyarbeit der Landwirte spielen, die ungern auf Zuzahlungen und Garantien verzichten wollen.

Das müssten sie aber, wenn man endlich mit Entwicklungs- und Schwellenländern in einen fairen Wettbewerb treten möchte. Gute und günstig produzierte Lebensmittel aus Afrika sind in Deutschland und anderen EU-Staaten kaum konkurrenzfähig, weil EU-Betriebe massiv subventioniert werden. Die Bauern in Entwicklungsländern, die den wirtschaftlichen Aufschwung dringend brauchen könnten, werden durch die EU-Milliarden aus dem Markt gedrängt. Deshalb kann Gemüse vom sonnigen Äquator nicht mit den wässrigen Gewächshäusern aus den Nie-

derlanden mithalten. Und in Finnland wachsen Zuckerrüben, die dort ohne Beihilfen niemand anbauen würde.

Freier Wettbewerb und ein freier Markt gehören hergestellt

Die Agrarsubventionen der EU sind gerade für afrikanische Staaten ein großes Problem. Bauern und Händler können ihre Produkte nicht gewinnbringend auf dem riesigen europäischen Markt anbieten. Und im eigenen Land müssen sie mit künstlich verbilligten Lebensmitteln aus der EU und den USA konkurrieren. Deutschland würde sich einen Großteil seiner Entwicklungshilfe sparen, wenn die schädlichen Subventionen und Zölle endlich fallen würden und Entwicklungsländer ihren wirtschaftlichen Vorteil im Agrarsektor nutzen könnten. Der freie Markt und der faire Wettbewerb sind Grundüberzeugungen des Liberalismus. Die ungerechten, protektionistischen Subventionen gehören abgeschafft. Die Menschen außerhalb Europas verdienen eine echte Chance auf Entwicklung und Wohlstand!

In der EU wäre ein Umdenken in der Landwirtschaft erforderlich. Ohne die Zuschüsse stünden Landwirte vor einer großen Herausforderung. Das ist eine unbequeme Wahrheit, die sich nicht ausblenden lässt.

Wir Liberale sollten unsere Prinzipien dennoch vertreten. Herausforderungen sind gut, weil sie Innovation fördern. Ein Geschäftsmodell muss sich auch ohne Zuzahlung des Staates bewähren können. Und ein Wirtschaftsgut ist nicht deshalb besser oder schlechter, weil es in einem bestimmten Land produziert wurde. Wir sollten zum Wohl aller aufhören, Lebensmittel aufgrund ihrer Herkunft zu diskriminieren!

Linus Lunginger (24) studiert Jura in Mainz, ist seit Oktober 2013 Mitglied der JuLis Rheinhausen-Mainz und dort stellvertretender Vorsitzender

e-mail linusjunginger@live.de



Richard Cobden (1804–1865)

War ein britischer Politiker und Unternehmer, der als einer der Begründer des Manchesterliberalismus gilt. Er verbreitete die Ideen des Freihandels, indem er die Anti-Corn Law League gründete und den Cobden-Chevalier-Vertrag zwischen Großbritannien und Frankreich vorbereitete. Der Freihandel war für ihn nicht nur ein Wirtschaftsfaktor, sondern bedeutete vor allem Armutsbekämpfung und Völkerverständigung:

„Ich sehe im Prinzip des Freihandels das, was in der moralischen Welt wie das Prinzip der Schwerkraft im Universum wirken wird, was Menschen zueinander zieht und den Gegensatz von Herkunft, Glauben und Sprache beiseite stoßen wird und uns im Band des ewigen Friedens vereinigen wird.“

Aber mein Heilpraktiker hat gesagt, das ist gefährlich!

Die Angst vor grüner Gentechnik ist irrational, pseudomoralistisch und naiv. Obwohl sie durch Linderung von Mangelernährung das Leben von Millionen verbessern kann, wird sie in unserer moralinsauren Wohlstandsgesellschaft dämonisiert. Zeit, dass sich was dreht. Zeit für mehr empirische Evidenz in der Debatte um grüne Gentechnik.

Für uns in der ersten Welt ist Mangelernährung kaum ein relevantes Thema. Die Grundbedürfnisse, wie die Nahrungsaufnahme, sind durch das staatliche Wohlfahrtsstaatsregime gesichert.

Doch es gibt nicht nur die erste Welt. Gerade in Afrika und Asien befinden sich viele Staaten nach wie vor im Status eines Entwicklungslandes. Sie gehören zur dritten Welt und haben kein ausgefeiltes Wohlfahrtsstaatskonzept um alle Menschen in Notlagen auffangen zu können. Hier ist Mangelernährung an der Tagesordnung. Liberale Entwicklungshilfepolitik muss hierauf eine Antwort finden.

Liberale Entwicklungshilfepolitik

Die Sichtweise, dass Hilfe zur Selbsthilfe die nachhaltigste Form des Beistandes ist hat für mich auch in der Entwicklungshilfe Bestand. Wollen wir die Mangelernährung in weiten Teilen dieser Welt bekämpfen und den Menschen

in diesen Ländern zu einem selbstbestimmten Leben verhelfen sind nicht in erster Linie finanzielle Unterstützung oder Nahrungsmittellieferungen der Schlüssel. Vielmehr muss unser Bestreben sein, die Ursachen anzugehen, nicht die Symptome.

Ansonsten bleibt Entwicklungshilfe ein Alimentationsprojekt und belässt die beziehenden Staaten in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Unterstützern. Das ist nicht im Sinne liberaler Politik, nicht im Sinne der Ursachenbekämpfung einzelner Probleme.

Grüne Gentechnik kann helfen

So gibt es etwa vielversprechende Ansätze aus dem Bereich der grünen Gentechnik, die Auswirkungen von Mangelernährung zwar nicht komplett beheben, aber wenigstens limitieren können. Eines der am bekanntesten Beispiele ist der sogenannte „Golden Rice“.

Golden Rice ist eine Reissorte, die durch die

Anwendung von grüner Gentechnik einen hohen Anteil von Beta-Carotin (Provitamin A) enthält. Dies wird im Körper zu Vitamin A umgewandelt. Einem extrem wichtigen Vitamin, das bei Mangelernährung häufig nicht ausreichend vorhanden ist. Dieser Mangel kann zu einer erhöhten Infektanfälligkeit führen, Menschen werden also häufiger krank. Die Sehschärfe verringert sich, bis hin zur Erblindung. Haare fallen aus. Geruchs- und Tastsinn werden vermindert. Fruchtbarkeitsstörungen bei Frauen treten auf. Nierensteine werden begünstigt. Auch Krebserkrankungen werden vermehrt festgestellt.

Dieser Vitamin-A-Mangel ist mit all seinen negativen Gesundheitsfolgen in Entwicklungsländern weit verbreitet – und Produkte wie Golden Rice können ein Bestandteil sein, diesem Abhilfe zu schaffen. Im konkreten Beispiel sogar patentfrei – es werden also keine Lizenzgebühren bei der Abgabe des Saatgutes fällig.

Golden Rice ist damit ein gutes Beispiel, wie die erste Welt, die dieses Saatgut entwickelte, der dritten kostengünstig helfen kann. Entwicklungshilfepolitik kann Hilfe zur Selbsthilfe sein und eine Ursache bekämpfen (man-

gelnde Vitaminversorgung, anfälliges Saatgut, etc.), anstatt mit Lebensmittellieferungen nur an den Symptomen (Vitaminmangel mit einhergehenden Erkrankungen) herumzudoktern.

Risiken bestehen immer

Freilich, jede Technologie, jeder Weiterentwicklung birgt tendenziell Risiken. Auch die grüne Gentechnik. Auch das oben beschriebene Beispiel des Golden Rice.

Kritiker bemängeln vor allem, dass die Vermischung mit nicht gentechnisch veränderten Pflanzen unkontrollierbar sei. Das also eine Koexistenz von veränderten und nicht-veränderten Pflanzen nicht praktikabel sei.

Dieses Argument ist nicht von der Hand zu weisen, eine umfassende Kontrolle des Pollenflugs oder bestäubenden Insekten ist nicht möglich. Dadurch kann es, sollte eine gentechnisch veränderte Pflanzenart in der Praxis negative Auswirkungen auf Flora und Fauna haben, zu einer Kontamination weiterer Bereiche kommen.

Die Chancen überwiegen

Das reine Festhalten an diesem oder anderen potentiell möglichen Bedrohungsszenarien – wie es zum Beispiel die in Deutschland populären Nichtregierungsorganisationen Greenpeace und Food Watch handhaben – greift meines Erachtens zu kurz. Eine rationale Abwägung von Chancen und Risiken muss eine Blockadehaltung ersetzen.

Die Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Produkte sind extrem anspruchsvoll. Kein Unternehmen kann „einfach so“ ein

genverändertes Produkt auf den Markt bringen, ohne davor über Jahre Unbedenklichkeitsforschung betreiben zu müssen. Das ist auch richtig so. Es muss starke Kontrollen in diesem sensiblen Bereich geben. Aber bitte ohne die potentiellen Chancen komplett abzuwürgen, wie es in Deutschland häufig der Fall ist.

Empirische Forschung statt ideologischer Scheuklappen

Ich bin der Meinung, dass Politik und einflussreiche Lobbyverbände wie Greenpeace und Food Watch die grüne Gentechnik zu sehr aus der Perspektive der wohl versorgten und satten Wohlstandsgesellschaft sehen. Gewiss lassen sich etwaige Risiken in einer Umwelt frei von Hunger, Not und Leid leichter isoliert betrachten. Weil die potentiellen Chancen nicht relevant sind. Denn hier gibt es faktisch keine (erzwungene) Mangelernährung, keine Lebensmittelknappheit. Der Supermarkt ist immer voll bestückt. Im Zweifel wird der Staat meine Versorgung sichern.

Auch die ideologische Brille kommt dabei zum Einsatz: Das Ideal des „bäuerlichen und ökologischen Landbaus“ wird immer mehr zum Optimum und ist erstrebenswert „nachhaltig“ – was auch immer dieses Schlagwort konkret bedeuten soll. Investitionen in die Erforschung der Möglichkeiten grüner Gentechnik stehen bei uns daher nicht gerade weit oben auf der politischen Agenda. Werden sogar eher blockiert und dämonisiert.

Eine Forcierung der Forschung in diesem Bereich wäre aber gerade in Deutschland von

hoher Wichtigkeit. Wenn wir nicht nur die Symptome lindern, sondern auch die Ursachen bekämpfen wollen, dürfen wir die Chancen der grünen Gentechnik nicht links liegen lassen. Die betroffenen Länder können diese Forschung nicht maßgeblich vorantreiben. Sie haben weder die finanziellen noch die strukturellen Ressourcen.

Deshalb erwarte ich von liberaler Entwicklungshilfepolitik, die sich den Maßgaben der Hilfe zur Selbsthilfe und der Ursachenbekämpfung verschreiben muss, einen stärkeren Einsatz für die Erforschung dieser Möglichkeiten. Nicht nur auf dem internationalen Parkett, wenn es darum geht, Pilotprojekte in dritte Welt Staaten zu fahren. Denn die dritte Welt ist nicht unser Versuchslabor. Die deutsche Politik muss ideologiefreie Forschung im deutschen Wissenschaftsraum befördern – und finanzieren.

Und darüber hinaus die Deutungshoheit über diese nicht den satten Verweigerungslobbyisten überlassen.

Michael Lindner (31) ist Bundesvorstandsmitglied der Jungen Liberalen a.D. und war bis 2014 Chefredakteur des j+l.

e-mail lindner@julius.de

facebook mln83



Mangelernährung

Der Körper erhält nicht ausreichend Nahrungsbestandteile, wodurch er nicht mehr optimal funktioniert. Abläufe im Körper werden gestört und Krankheiten können auftreten. Im Jahr 2013 waren laut dem UN-Kinderhilfswerkes UNICEF weltweit 165 Millionen Kinder im Alter von unter fünf Jahren unterernährt – und damit während ihrer ersten Lebensjahre in ihrer Entwicklung beeinträchtigt.

Empirische Evidenz

In der Wissenschaft herrscht empirische Evidenz vor, wenn Aussage durch gesammelte Daten belegt werden können.

Erste Welt

Technisch, wirtschaftlich & gesellschaftlich hochentwickelte Staaten mit ausdifferenziertem Wohlfahrtsstaatsregimen.

Dritte Welt

Ca. 130 wirtschaftlich unterentwickelte Länder (die meisten auf der Südhalbkugel, ca. 76% der Weltbevölkerung). Zeichnen sich durch große Defizite in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Sozialwesen, Infrastruktur & Politik aus.

Grüne Gentechnik

Beschreibt neu gezüchtete Pflanzenarten, die besonders resistent gegen Schädlinge oder Pestizide sind und durch Genmanipulation einen erhöhten Anteil an Vitaminen enthalten können.

Gib mir den goldenen Reis!

Im Kampf gegen den Welthunger spielen genetisch manipulierte Pflanzen eine entscheidende Rolle

Die 38. Kalenderwoche des Jahres 2014 brachte zwei Meldungen aus der Forschung, deren Wahrnehmung in der Öffentlichkeit kaum unterschiedlicher hätte sein können. Forscher aus diversen Staaten haben sich UN-Statistiken vorgenommen und sind anschließend zu dem Schluss gekommen, dass die Weltbevölkerung bis zum Jahr 2100 auf eine Größe zwischen 9,6 und 12,3 Milliarden Menschen anwachsen wird. Dies war eine Sensation, da man vorher davon ausgegangen war, dass mit steigendem Einkommen die Geburtenraten sinken würden und sich die Weltbevölkerung bei 9 Milliarden Menschen einpendeln wird. Insbesondere für Afrika war diese Annahme wohl falsch. Während in Europa das Bevölkerungswachstum wohl weiter stagnieren wird, könnten in knapp 80 Jahren auf dem afrikanischen Kontinent 4 Milliarden Menschen leben.

Ein paar Tage zuvor veröffentlichte das Bundesforschungsministerium eine Bilanz zu 25 Jahren biologischer Sicherheitsforschung. Das Ergebnis kurz zusammengefasst: Von genetisch veränderten Pflanzen (gv-Pflanzen) geht kein höheres Umweltrisiko aus als vom konventionellen Landbau. Bt-Mais, der ein Toxin für Maisschädlinge trägt, ist dank des verringerten Pestizid-Einsatzes sogar ökologisch weni-

ger belastend für die Umwelt als vergleichbare konventionelle Sorten. Diese Meldung fand so gut wie keine mediale Beachtung. Außerdem muss man damit rechnen, dass die Bundesregierung von einer Ausstiegsklausel Gebrauch machen wird, um den Anbau von gv-Pflanzen in Deutschland zu verbieten, die EU-weit zugelassen wurden.

Der Kampf gegen den Welthunger wird auf den Feldern Asiens und Afrikas entschieden

Um zu verstehen, wie diese beiden Meldungen zusammenhängen, muss man die Verteilung des Welthungers betrachten: Der Großteil der mehr als 800 Millionen unterernährten Menschen lebt in Asien. Der Anteil ist im Vergleich zur Bevölkerung in Afrika wesentlich höher – dort, wo auch das größte Bevölkerungswachstum erwartet wird. Während man also heute unter Umständen noch von einem Verteilungsproblem bei der Welternährung sprechen kann, da weltweit mehr Kalorien pro Kopf produziert werden als benötigt, wird dies spätestens im Jahr 2050 nicht mehr der Fall sein. Knapp 80% der Hungernden gehören der Landbevölkerung an. Seit der Jahrtausendwende sind Lebensmittelpreise wieder gestiegen, weil die Produktion nicht mit der gestiegenen Nachfrage für Nahrung, Futter



und Biosprit-Produktion mithalten konnte. Der positive Trend im Kampf gegen den Welthunger könnte sich mittelfristig wieder umkehren. Dieser Kampf wird jedoch nicht in einem Berliner Bio-Supermarkt entschieden, sondern auf den Feldern Asiens und Afrikas.

Da der globale Verbrauch nur bedingt eingeschränkt werden kann, muss die Nahrungsmittelproduktion erhöht werden. Die Ackerflächen können dabei nur unter hohen ökologischen Kosten ausgeweitet werden, sodass der Ertrag gesteigert werden muss. Den Ertrag einer Ackerfläche kann man durch verschiedene Maßnahmen erhöhen: Im 20. Jahrhundert waren dafür vor allem technologische Fortschritte, Bewässerung und der Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln verantwortlich. Nun kommen die oben erwähnten gv-Pflanzen ins Spiel. Zwar erhöht auch die Anwendung von Öko-Landbau in Entwicklungsländern den Ertrag, die Ertragssteigerungen aus dem Anbau von gv-Pflanzen sind jedoch deutlich höher und ökologischer.

Das Paradebeispiel für einen erfolgreichen Anbau von gv-Pflanzen ist Bt-Baumwolle in Indien. Indien wurde dadurch vom Netto-Importeur zu einem Netto-Exporteur von Baumwolle. Die Erträge stiegen bei sinkendem Einsatz von Insektiziden so stark, dass die gestiegenen Saatgutpreise ausgeglichen wurden. Insbesondere das Netto-Haushaltseinkommen und die Gesundheit unter der Landbevölkerung wurden so gesteigert. Ähnliche Ergebnisse wurden in anderen Ländern beobachtet, wobei dieser Anstieg in Entwicklungsländern größer war als in industrialisierten Ländern

Öko-Landbau und Gentechnik können voneinander lernen

Doch lässt sich Mangelernährung nicht alleine durch das Abzählen von Kalorien bekämpfen. Laut UN leiden weltweit ca. 140 Millionen Kinder im Vorschulalter unter einem Vitamin A-Mangel, welcher zu Blindheit und einem erhöhten Infektionsrisiko führen. „Golden Rice“ ist eine gentechnisch veränderte Reissorte, welche in ihren Reiskörnern Beta-Carotin, den Vorläufer von Vitamin A, produziert und dem Reis so seine charakteristische „goldene“ Farbe gibt. Es wird geschätzt, dass dadurch alleine in Indien jährlich bis zu 40.000 Kinder im Alter bis zu sechs Jahren vor dem Tod bewahrt

werden könnten. Dennoch betreibt Greenpeace weiter eine Kampagne gegen „Golden Rice“ und hat jahrelang erfolgreich eine Markteinführung verhindert.

Dennoch ist der Einsatz von gv-Pflanzen nicht das Allheilmittel im Kampf gegen den Welthunger. Ziel muss es sein, Wege zu finden, um auf einer gleichbleibenden Fläche mehr Lebensmittel mit weniger Ressourcen zu produzieren. Dies kann nur durch ein Zusammenwirken von technischen Innovationen, einem klugen Umgang mit den vorhandenen Ressourcen und dem Einsatz von modernen Zuchtmethoden wie der Gentechnik erreicht werden. Öko-Landbau und Gentechnik müssen dabei nicht Gegenspieler sein, sondern können voneinander lernen.

Wir können uns dabei scheinbar zurücklehnen und den Luxus eines verklärten Bio-Landbaus mit geringeren Erträgen leisten, schließlich wird dank des Klimawandels in den industrialisierten Ländern für manche Pflanzen der Ertrag steigen. Jedoch werden auch wir nicht ewig so verschwenderisch mit unseren Ressourcen umgehen können. Währenddessen sinken weltweit in den industrialisierten Ländern die Investitionen in Agrarforschung. Auf die großen Saatgutkonzerne darf man dabei nicht hoffen, da angesichts der langen und kostspieligen Entwicklung von Nutzpflanzen die Gewinnmargen in Entwicklungsländern meist zu gering sind. Stattdessen müssen Wissenschaftler und forschende Unternehmen vor allem in Deutschland mit immer größerem Widerstand rechnen. Die Gentechnik-Gegner fühlen sich dabei häufig auf der moralisch richtigen Seite. Tatsächlich zementiert ihr Widerstand nur die Vormachtstellung der großen Saatgut-Hersteller und sorgt dafür, dass Millionen von Menschen weiter unter Mangelernährung leiden müssen. Moralisch wäre deshalb nicht weniger, sondern mehr Gentechnik auf unseren Äckern.

Daniel Sachs (25) ist Kreisvorsitzender JuLis Frankfurt und studiert an der TU Darmstadt Biomolecular Engineering im Master. Er würde sowohl Golden Rice als auch Bt-Mais freiwillig essen.

e-mail sachs@julis.de

twitter sachsandaniel



Lebensmittel verschwendung

ein Thema für
alle Beteiligten

Seit geraumer Zeit leben wir in einer Wegwerfgesellschaft. Aber nicht nur der einzelne Verbraucher sollte sein Verhalten im Umgang mit Lebensmitteln überdenken...

Nicht

erst seit Filmen wie „Taste the Waste“ wird vermehrt über Lebensmittelverschwendung diskutiert. So haben im Mai dieses Jahres niederländische und schwedische Vertreter in der EU angeregt, die Pflicht zur Angabe von Mindesthaltbarkeitsdaten für Tee, Nudeln und Konserven abzuschaffen. Nach Auskunft der Initiative „Clever einkaufen & essen“, hinter der mehrere Verbände der Lebensmittelwirtschaft stehen, werden jedes Jahr pro Bundesbürger 81,6 Kilogramm Lebensmittel weggeworfen. Dagegen könne jeder einzelne etwas tun, so die Aussage der Initiative. Schließlich geht es darum, den Energieaufwand und die Umweltbelastung durch intensive Landwirtschaft zu reduzieren.

Jeden Tag 225 Gramm Lebensmittel pro Person im Abfall – das entspricht dem Umfang einer ganzen Mahlzeit. Ein großer Teil der Lebensmittel wird schon beim Erzeuger weggeworfen, wenn das Obst und das Gemüse nicht den verlangten Handelsklassen entspricht. Es gab bereits Pilotprojekte, etwa von Edeka oder Rewe in Österreich, bei denen Äpfel, Möhren und Kartoffeln mit Schönheitsfehlern günstiger verkauft wurden, statt von vornherein aussortiert zu werden. Ein übergreifendes Konzept in Deutschland existiert aber weiterhin nicht.

Probleme gibt es jedoch nicht nur in den Supermärkten, sondern vor allem in den Großküchen und beim Verbraucher selbst. Mitarbeiter des Fraunhofer-Instituts für Silicatforschung haben Hausmüll untersucht und festgestellt, dass besonders oft Frischwaren wie Obst und Gemüse im Müll landen. Es besteht also Aufklärungsbedarf in Sachen Lagerung und Genießbarkeit. Die Europäische Kommission hat aus diesem Grund einen Flyer mit 10 Tipps zur Reduktion von Lebensmittelverschwendung im Verbraucheralltag herausgegeben.

Zu verkaufen bis...

Aber nicht nur das Wegwerfen von noch genießbaren Produkten, auch der falsche Umgang mit ihnen ist fatal für den Kampf gegen die Verschwendung: So finde ich allzu oft Obst mit teilweise geschimmelten Stellen, die mit dem restlichen Obst zusammen ungekühlt im Discounter lagern. Schaut man hingegen in einen niederländischen oder britischen Supermarkt, kann man feststellen, dass das stark wasserhaltige, verderbliche Beerenobst immer aus dem Kühlregal heraus verkauft wird. Dort sind die Schalen genauso wie hier in Folie eingeschweißt. Anstatt nichtsagender Kennnummern ist auf den Folien aber oft ein „Zu verkaufen bis“- („Display Until“) Datum angebracht. So kann jeder abschätzen, wie frisch die abgepackte Ware ist. Was nicht mehr ganz frisch, aber noch essbar ist, kann knallhart reduziert werden. Der Zustand der Produkte hierzulande ist hingegen ein Glücksspiel für den Verbraucher. Auch das Personal hat nicht immer einen Überblick über die eigenen Warenbestände und weiß oft nicht, wie frisch die Produkte sind. Lose Ware kann

man in die Hand nehmen und bewerten, aber bei vorverpacktem Obst und Gemüse ist das nicht so einfach.

Öffnungszeiten und Konzepte der Geschäfte verschärfen das Problem

Manch einer neigt zu Hamsterkäufen und kauft dann Lebensmittelvorräte für Wochen, die er am Ende doch nicht zu verbrauchen schafft. Ich versuche, alle ein bis zwei Tage einkaufen zu gehen und dafür eher das, was ich kurzfristig benötige. Dann wird es bestimmt nicht zwischenzeitlich schlecht, auch wenn mir keiner der Mitarbeiter nun genau beziffern konnte, wie lang das jeweilige Produkt genießbar sei. Somit wird für das Wochenende meist in größeren Mengen geshoppt, denn an Sonntagen haben Supermärkte generell geschlossen. Ausnahmen wie am Hamburger Hauptbahnhof werden sonntags so überrannt, dass das Sicherheitspersonal dauerhaft für Ordnung sorgen muss. Nichtsdestotrotz hält die Politik an althergebrachten Vorstellungen der Sonntagsruhe fest, statt die gewandelten Lebensgewohnheiten zu berücksichtigen.

Neben all diesen Aspekten sind auch die Geschäfte selbst auf Hamsterkäufe ausgelegt. Schon der kleinste deutsche „Supermarkt“ ist mit sperrigen Einkaufswagen und Kassenbändern (wie auch mit den Portionsgrößen) auf einen Wocheneinkauf einer vierköpfigen Familie ausgerichtet. Kleine Körbe und Aufrufanlagen sucht man meist vergeblich. Ein Geschäftsführer einer bekannten Berliner Supermarktkette teilte mir mit, man habe Aufrufanlagen vor einiger Zeit getestet. Die Kunden hätten sich über lange Schlangen aufgeregt, obwohl die Wartezeit gerechter verteilt wird und im Schnitt nicht länger ist. Ein Wunder, dass es im Mode-Discounter „TK Maxx“ hierzulande niemals zu Tumulten kommt, wo genau dieselben Aufrufanlagen verwendet werden!

Essen im Müll ist ein Problem, das uns alle angeht. Die Verbraucher, die massenweise Lebensmittel einkaufen, bei sich horten und dann wegwerfen, dürften eine kleine Minderheit sein – denn auch jedes weggeworfene Lebensmittel hat bares Geld gekostet. Das Problem der Lebensmittelverschwendung ist vor allem ein Problem schlechter Organisation und sollte auch von Politik und Handel angegangen werden. Bis dahin werden die Beeren eben weiter vor sich hin schimmeln und nach einigen Tagen unausweichlich im Müllcontainer des Geschäfts landen.

Maximilian Yang (23) arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter und ist stellvertretender Bezirksvorsitzender der JuLis Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln.

e-mail max.yang@julis-fkn.de

web www.fischerinsel.org



★ ★ ★ FIGHT NIGHT ★ ★ ★



HEUTE NACHT ANGETRETEN IM RING:

BIODIESEL ▶▶▶▶ DIE LÖSUNG FÜR DAS ENERGIEPROBLEM?

WELTERNÄHRUNG ▶ KAMPF DEM HUNGER IN DER WELT!

Dieser Kampf scheint ursprünglich eine Frage der Ethik zu sein. Doch betrachtet man das Problem ein wenig genauer, lassen sich auch wirtschaftliche, weltpolitische und zukunftsorientierte Gründe für diesen Disput finden.

Biodiesel, klingt erstmal super: Bio, das muss doch eigentlich etwas Gutes sein. Bio klingt nach gesund und umweltfreundlich. Doch entstehen durch die Verwendung von Biodiesel wirklich nur Vorteile?

Biodiesel gehört zu den regenerativen Energien und ist Öl und Erdgas somit einen Schritt voraus: Biodiesel wird also auch in ferner Zukunft noch verfügbar sein. In Deutschland besteht Biodiesel hauptsächlich aus Raps. Raps eignet sich hervorragend dazu, die Ackerböden aufzulockern, sowie diesen Mineralstoffe zuzufügen. Und das in einem Zeitraum, in denen die Felder eigentlich brach liegen würden. Damit einher geht jedoch der Nachteil, dass Raps lediglich alle 3-5 Jahre angebaut werden kann. Um Biodiesel also nachhaltig etablieren zu können benötigte man eine extreme Ausweitung der Anbauflächen.

Da das ohne weiteres nicht möglich ist, bliebe Deutschland nur die Option des Imports. Nichtsdestotrotz könnte sich man bei diesen Imports auf gute Preise und hochwer-

tige Auswahl einstellen, da die Pflanzen zur Herstellung von Biodiesel fast in jedem Gebiet angebaut werden können. Langfristig gesehen könnte das also eine Ausweichmöglichkeit sein, um eine stabile Lieferung möglich zu machen.

Häufig wird in Zusammenhang mit der Nutzung von Biodiesel dessen CO₂ Freundlichkeit genannt. Ein vollkommenes Ausbleiben der CO₂-Produktion ist so aber nicht richtig. Fährt ein Auto mit Biodiesel stößt es ebenso CO₂ aus, wie ein mit Diesel betriebenes Fahrzeug. Manche mögen jetzt ansetzen und behaupten, dass die Pflanzen eben dieses CO₂ auch wieder umwandeln. Jedoch ist, zum Beispiel bei fehlendem Sonnenlicht, auch hier eine CO₂-Produktion der Pflanzen unausweichlich.

Hier stößt die Welternährung durch die Deckung des Gegners und trifft mit einem kräftigen Schlag.

Biodiesel, im Vergleich mit fossilen Brennstoffen gewinnt auf ganzer Linie, so vernimmt man es häufig. Aber ist das der Punkt? Hätten wir die Möglichkeit uns zwischen diesen beiden zu entscheiden wäre natürlich Biodiesel die Alternative der Wahl. Doch hier wird vollkommen vergessen, dass uns daneben noch Energiequellen zur Verfügung stehen, die nicht nur regenerativ sind, sondern auch die Umwelt nicht im Mindesten belasten: So unter anderem Wind-, Solar- und Wasserkraft. Diese sind absolut CO₂-neutral – abgesehen von Herstellungsprozessen – blockieren keine Anbauflächen, die für andere Dinge benötigt werden und stehen nicht nur zur Erntezeit, sondern ganzjährig zur Verfügung.

Und mit einem linken Haken trifft die Welternährung, 2:0. Der Gegner wankt, doch noch steht er.

Auf der anderen Seite steht eine Weltbevölkerung von über 7 Milliarden Menschen, deren

Wachstum exponentielle Ausmaße annimmt und die bereits jetzt kaum zu ernähren ist. Das wird in den nächsten Jahrzehnten zu noch drastischeren Entwicklungen führen. Bereits jetzt versanden mehr und mehr Anbauflächen in Afrika aufgrund der zu intensiven Nutzung. Bei einer weiterhin wachsenden Weltbevölkerung sind die Auswirkungen zu erahnen und die Tendenz klar.

Mit diesem Schlag in die Magengrube des Biodiesels ist die Entscheidung gefallen.

Betrachtet man also diese beiden Gegner, so sollte der Sieg ganz klar auf der Seite des Welthungers liegen. Doch damit ist die Konzeption des Biodiesels ja nicht vollkommen verbannt. Natürlich ist es ein guter Gedanke, Brachflächen durch Rapsanbau aufzubessern und diesen nachfolgend als Biodiesel einzusetzen. Das ist für den Anbau von Lebensmittelpflanzen sogar förderlich. Und genauso ist es ein guter Gedanke, auf Flächen, die für andere Pflanzen nicht nutzbar sind, solche anzubauen, aus denen man Biodiesel herstellen kann. Je eher die Abkehr von den fossilen Brennstoffen gelingt, desto besser. Aber immer mehr Flächen für die Herstellung eines Energieträgers zu belegen, der bei weitem nicht so umweltschonend ist, wie gerne weisgemacht wird, während die Flächen für den Nahrungsmittelanbau dringend gebraucht werden, kann wohl kaum die Lösung der weltweiten Energieproblematik sein.

Der Kampf ist entschieden. Sieg für die Welternährung nach technischem K.O.

Anna Behmer (25) ist Studentin und ist seit kurzem Mitglied bei den JuLis.

e-mail annabehmer@gmail.com
facebook Anna Behmer





Deutschland bildet niemanden aus – jeder bildet sich selbst.

Anmerkungen zur Akademisierungsdiskussion

In der letzten Ausgabe von *jung+liberal* (02/2014) appellierte Julian Kirchherr: „Stoppt den Akademisierungswahn!“ und begründete dies damit, dass Deutschland nicht mehr Hochschulabsolventen bräuchte.

„Es gibt kein Grundrecht auf Studienplätze und freie Studienplatzwahl“, meint das ehemalige JuLi-Bundesvorstandsmitglied und „Bei uns gibt es kein Wunsch-Dir-Was-Konzert“. Das Gegenteil ist richtig: Das „Wunsch-Dir-Was-Konzert“ ist das verfassungsrechtliche Prinzip, die Zulassungsbeschränkung die Ausnahme davon. Es gibt – Zitat Bundesverfassungsgericht – „ein Recht des die subjektiven Zulassungsvoraussetzungen erfüllenden Staatsbürgers auf Zulassung zum Hochschulstudium seiner Wahl“. Warum?

Wer die Hochschulreife hat, darf auch studieren.

Der Zulassungsmechanismus unserer Hochschulen wird maßgeblich geprägt durch das Numerus-Clausus-Urteil von 1972. Auf dieses soll hier allerdings nicht wegen seiner rechtlichen Bedeutung eingegangen werden, sondern weil dessen Begründung sich auf die Fundamente des liberalen Rechtsstaats stützt und damit auch zu einer Bedingung liberaler Argumentation wird. Das Bundesverfas-

sungsgericht stellte fest, dass die Berufswahl nur zu häufig an ein Studium geknüpft ist und aus dem Grundrecht (!) der freien Berufswahl gemäß Artikel 12 GG somit ein Teilhaberecht am staatlich vorgehaltenen Hochschulwesen erwächst. Wer die „Hochschulreife“ hat, darf also auch studieren. Deswegen gibt es neben dem NC auch für jeden Abiturienten die garantierte Möglichkeit, nach Wartesemestern ein Studium aufzunehmen. Dass überhaupt die Zulassung begrenzt werden kann, legitimiert das Gericht nur durch den „Vorbehalt des Möglichen im Sinne dessen, was der Einzelne vernünftigerweise von der Gesellschaft beanspruchen kann“. Der Staat muss also nicht auf gut Glück riesige Überkapazitäten vorhalten,

damit jeder immer alles studieren kann; er darf auch die Prioritäten gewichten und muss nicht die Bundeswehr und den Reichstag verkaufen, um zusätzliche Studienplätze zu schaffen. Das ist die Konzession des Rechts an die Realität. Es ist dem Staat aber tatsächlich geboten, im Rahmen seiner Möglichkeiten der Nachfrage an Studienplätzen gerecht zu werden. Das vergessen viele. Das ist ungefähr dasselbe, wenn jeder Bürger, der gern verreisen möchte, einen Reisepass beantragt und dabei nicht erwarten kann, direkt bedient werden zu können. Aber sie können erwarten, dass der Staat prinzipiell genügend Passämter vorhält und alle zum Christmas Shopping nach New York fliegen können, wenn sie wollen. Niemand käme auf die Idee, den heimischen Tourismus durch die Verknappung der Passämter zu fördern.

Der Bedarf an Absolventen spielt keine Rolle

Für Liberale wichtig: All das ergibt sich nicht von vornherein aus dem Grundgesetz. Die Situation hat der Staat nämlich selbst geschaffen, als er „im Bereich des Hochschulwesens ein faktisches, nicht beliebig aufgebbares Monopol für sich in Anspruch genommen hat.“ Das ist aber – siehe Berufsfreiheit – „Voraussetzung für die Verwirklichung von Grundrechten“. Gäbe es das Monopol nicht, wären die Auswahlmechanismen auch nicht an starre grundrechtliche Vorgaben gebunden. Aus demselben Grund zieht auch das Argument nicht, der Staat dürfe irgendetwas von Studenten erwarten, weil er ihnen ja die Ausbildung bezahlt – sie haben eben keine andere Wahl. Gerade durch die Kostenfreiheit sichert er sein Monopol auf die „Zuteilung von Lebenschancen“.

Wie viel Geld und Personal der Staat in die Hochschulen steckt, muss er also immer aus einer Abwägung zwischen der erwarteten Nachfrage nach Studienplätzen und den zur Verfügung stehenden Ressourcen vornehmen, da eine „Ausrichtung an den ohnehin schwierigen Bedarfsermittlungen [nach bestimmten Absolventen] auf eine unzulässige Berufslenkung und Bedürfnisprüfung hinauslaufen könnte, bei der die Bedeutung freier Selbstbestimmung als konstitutivem Element einer freiheitlichen Ordnung verkürzt würde.“ Nur innerhalb dieses Rahmens ist noch Platz, den ein oder anderen Studiengang zu priorisieren,

wenn es gewichtige Argumente gibt. Die politische Präferenz für mehr Azubis langt dazu genauso wenig, wie die seit gut 40 Jahren anhaltende Furcht vor „Absolventen, die niemand braucht“. Was aber absolut ganz und gar nicht gilt, ist ein apodiktisches „Abiturienten mit 3,0-Abitur haben an der Hochschule nichts zu suchen“ (Julian).

Was Julian Kirchherr in der letzten *jung+liberal* fordert, „eine Verknappung der Studienplätze“ als „Instrument“, mehr Leute zu einer Berufsausbildung zu bringen, wäre also ein Verstoß gegen das Grundrecht der freien Berufswahl und das daraus abgeleitete Teilhaberecht an staatlich gewährter Bildung. Egal, ob er sinniert, was Wartesemester mit Leistungsgerechtigkeit zu tun haben, was dem Land hilft oder was ein Akademiker verdient: er wendet die falschen Kategorien an. Die Kategorie, die unser staatliches Hochschulwesen bestimmt, ist der Rechtsstaat. Wer Arzt, Bauer, Chemiker werden darf und wer nicht, unterliegt nicht politischer Willkür. Wir haben keinen Bundesarbeitsminister, der die Zahl der benötigten Sozialpädagogen bestellt und von den Hochschulen geliefert bekommt. Das Einzige, was wir haben, ist einen Mangel an Kapazitäten, mit dem wir kalkulieren müssen. Dem Irrtum, die Hochschulzulassung sei politische Dispositionsmasse, sitzen viele auf. Jede Diskussion muss im Anschluss an dieses Verständnis stattfinden, weshalb es hier ausführlich dargelegt wurde.

Deutschland bildet niemanden aus. Jeder bildet sich selbst.

Darüber hinaus verbietet es sich, Bildung alleine unter dem Aspekt des volkswirtschaftlichen Nutzens zu betrachten. Was Bildung ist, das muss jeder Einzelne für sich entscheiden. Ein Studium ist keine Entscheidung fürs Portemonnaie, sondern für viele die freie (!) Entscheidung für Jahre der unbezahlten Mühen und der Unsicherheit. Egal für welche Zielsetzung jemand studiert, kann nur diese Person selbst entscheiden. Deutschland bildet nicht „zu viele Hochschulabsolventen aus“. Deutschland bildet niemanden aus. Jeder bildet sich selbst.

„Rechtsstaat“ als Begründung des status quo mag nun schon sehr nach einem liberalen Standpunkt klingen. Aber geht es nicht doch



anders? Was wäre, wenn wir uns in eine Richtung bewegen, in der nicht mehr kategorisch unterschieden wird, wo und wie jemand seine Bildung erlangt hat – ob während einer Ausbildung, als Autodidakt oder an einer Hochschule? Weg vom Bildungsmonopol des Staates, weg von der „Zuteilung von Lebenschancen“, hin zur Eröffnung ebensolcher. Warum sollte ein Maurer nicht von einem Modul in BWL profitieren, ohne gleich seinen Bachelor zu machen? Weshalb sollen zwanzig Jahre Erfahrung als Handwerker nichts zählen, wenn der Gesellenbrief fehlt? Weshalb muss ein leistungsschwacher Herr Doktor mehr verdienen als ein Überflieger ohne Abschluss? Und wer beurteilt das eigentlich? Lasst uns einfach lernen und lasst uns Leute lernen lassen. Oder um es mit Humboldt zu sagen: „Auch Griechisch gelernt zu haben könnte auf diese Weise dem Tischler ebensowenig unnütz seyn, als Tische zu machen den Gelehrten.“

Johannes Knewitz (31) war Bundesvorsitzender der Liberalen Hochschulgruppen und promoviert zu einem bildungsgeschichtlichen Thema.

e-mail johannesknewitz@gmail.com

twitter JKnewitz





Guten Tag, ich heiße Kevin.

...oder: Worauf es wirklich ankommt!

Der Artikel von Lasse Becker in der vorigen Ausgabe hat mich trotz oder wegen meines Namens – ich heiße Kevin – besonders angesprochen, aber keinesfalls angegriffen.

Ich persönlich glaube, dass ein Name, und so auch mein Name, bei den Eltern im Kopf nur ferner aus systemrelevanten und ausschließlich prophylaktischen Gründen, sondern viel eher aus Gefühlen wie Liebe und Glück entsteht. Würde man vielen erwartungsfrohen und stolzen Eltern dahingehend fehlendes Mitdenken bei der Namenswahl attestieren, so müsste man sich eingestehen, dass man davon ausgeht, dass der Name ein primärer Indikator für sich im Leben bietende Chancen sei.

Diese Auffassung teile ich ganz und gar nicht, auch wenn ich mir dessen bewusst bin, dass der Leitspruch „Nomen est omen“ noch bei zu vielen innewohnt.

Doch nun weg von der sinnlosen Namensfixierung. Ich denke, dass dieses namentliche Gedankenspiel gerade in Zeiten einer immer pluralistisch und kulturell vielfältig werdenden Gesellschaft nicht mehr so aussagekräftig ist, wie es vielleicht vor zehn, zwanzig Jahren der Fall war.

Das Recht auf eine glückliche Kindheit hat jedes Kind. Egal ob aus wohlhabendem oder armen Elternhaus. Egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

Das impliziert zwar unterschiedliche Möglichkeiten, doch daraus resultiert auch ein unterschiedliches Empfinden von Glück! Man muss es jedem Kind eben nur- dem Mädchen, dass in den Sommerferien auf familiärer Bildungs- und Kulturreise mit ihren Eltern ist, ebenso wie dem Jungen, der die selbe Zeit mit Freunden auf dem Boltzplatz verbringt- in

jeder Form zugestehen. Glück ist ebenso vielfältig wie das individuell variierte Angebot an Möglichkeiten, aus welchem es sich eben ableitet.

Jedes Kind hat außerdem das Recht auf Bildung. In diesem Zusammenhang finde ich es zeitgemäß, dass wir nicht von Chancengleichheit, sondern von der Erschließung von individuellen Möglichkeiten für jeden Einzelnen sprechen. Denn es kann meiner Meinung nach nicht das bildungspolitische Ziel sein, jeden auf Pump für den Besuch des Gymnasiums zu befähigen. Vielmehr sollte jeder im Rahmen seiner fachlichen und intellektuellen Fähigkeiten und Potentiale gefordert wie hinsichtlich seiner Stärken und Schwächen sinnvoll und möglichst individuell zu gefördert werden. Darauf kommt es an.

Dazu bedarf es eines breit gefächerten Angebots an Schulformen, Fächern, Praxisbezug sowie mehr Freiheit bei der Ausgestaltung des Unterrichts und Förderangebote von der Einschulung bis zum Abitur.

Ich freue mich auf eure Gedanken!

P.S. Demnächst auch zur Rolle des Nachnamens. Der meinige ist Zwerg – ein kleiner Name.

Kevin Zwerg (17) geht in die 12. Klasse des Richard-Wossidlo-Gymnasiums in Müritzk.

e-mail kevin.zwerg@gmx.de



Sind wir nicht alle ein bisschen hochbegabt?

Kurze Antwort vorweg: Nein.

Das Thema Hochbegabung fasziniert Eltern, Psychologen, Boulevardjournalisten und die Allgemeinbevölkerung seit Jahrzehnten. Bereits 1975 fand der erste Weltkongress über Hochbegabung in London statt, 1978 gründete sich als deutscher Ableger der anglo-amerikanischen Vorreiter die 'Deutsche Gesellschaft für das hochbegabte Kind' (DGhK). 1980 tagten die deutschen Gelehrten zum Thema Hochbegabung erstmals in Hamburg.

Ob ein Kind auf Hochbegabung getestet wird, hängt in Deutschland stark von seinem Umfeld ab. Zumeist geht der initiale Wunsch zur Testung von den Eltern der vermeintlich herausragenden Brut aus. Ein Großteil der deutschen Lehrer hingegen verfügt über ein gesundes Misstrauen gegenüber dem Gedanken an die Quantifizierbarkeit von Intelligenz und auch über erhebliche Defizite bezüglich der zur Erhebung notwendigen statistischen

Methodenkenntnisse. Deswegen werden Hochbegabungstests zumeist auf Psychologen abgewälzt, was nicht unbedingt heißen muss, dass diese die besseren Zahlendompteure wären.

Mittlerweile hat sich eine Art eigener Wirtschaftszweig um die Feststellung von Begabungen entwickelt. Nicht selten zahlen Eltern hohe Beträge, um anschließend ein ernüchterndes bis frustrierendes Ergebnis in den Händen zu halten; zumindest was die Hochbegabung als solche angeht. Es liegt an der mathematischen Operationalisierung der Intelligenztests, dass über 95% der Getesteten per definitione nicht zu den Auserwählten mit Abschlussprädikat 'hochbegabt' zählen können.

Von Hochbegabung wird erst dann gesprochen, wenn das Ergebnis des IQ-Tests nur von 2,2% der Vergleichspersonen ebenso erzielt oder übertroffen werden kann. Unabhängig vom spezifischen Testverfahren und der zugrundeliegenden Skala gilt in Deutschland

aktuell der Grenzwert von 130 zu erreichenden IQ-Punkten für die Aufnahme in den erlesenen Kreis.

Zur Klassifizierung von intellektueller Leistungsfähigkeit gibt es unterschiedliche Modelle und Verfahren. Alle basieren darauf, dass der Durchschnitt an Intelligenz aus der Grundgesamtheit auf 100 Punkte festgelegt wird und sich im Rahmen des empirischen Tests dann Abweichungen nach oben oder unten für das zu beurteilende Individuum feststellen lassen.

Weil die Beurteilung immer in Relation zu anderen Prüflingen geschieht, sind spezifische Messverfahren nur schlecht auf andere Kulturen oder Generationen übertragbar. Regelmäßig müssen die Aufgaben und Auswertungstools dem gesellschaftlichen Fortschritt (und demnächst vielleicht auch Rückschritt?) angepasst werden, damit der Richtwert von 100 aussagekräftig bleibt.

Hochbegabte, die ihren Nachweis einmal erbracht haben, dürfen sich fortan ihr ganzes Leben lang als solche bezeichnen. Obwohl die geistige Entwicklung von Förderung abhängig und nachweislich lebenszeitlichen Schwankungen unterworfen ist, wird ihnen ihre diagnostizierte Hyperintelligenz nie wieder aberkannt. Auch dann nicht, wenn sich im Verlauf z.B. Anzeichen für Intelligenzverlust aufgrund von Alkoholabusus, gesteigerter Prokrastination oder Demenz finden ließen.

Kritiker des IQ-Konzepts benörgeln in ihren theoretischen Auslassungen zudem, dass die Fragebögen und damit getesteten Eigenschaften zu sehr auf Mittelschichtskinder abzielen würden. Sie stellen darüber hinaus das theoretische Konstrukt zur Messbarkeit von Intelligenz generell in Frage. Ob diese Fundamentalkritik weniger weltfremd ist als die ausartende Kategorisierung von humanen Daseinsformen möge der geneigte Leser mit sich selbst ausdiskutieren.

Jenny Langner (27), hat an der Freien Universität Berlin Politik- & Kommunikationswissenschaft studiert. Seit 2007 Mitglied bei den JuLis, erst LV Berlin jetzt JuLiA Sachsen (Leipzig) und freischaffende Publizistin.

e-mail artikel@jennylangner.de



Große Klappe und viel dahinter

Was plant die FDP und worin besteht die Rolle der JuLis beim Leitbild-Prozess?

„Die FDP muss endlich wieder klare Kante zeigen.“

Diese Formulierung ist ein sicherer Garant für tosenden Applaus bei der nächsten Diskussion über die Neuaufstellung der FDP. Da uns Liberalen momentan wenig zugejubelt wird, stellt diese Methode eine abwechslungsreiche Alternative zum tristen Alltag in der außerparlamentarischen Opposition dar.

Manche warnen davor, dass die FDP sich aktuell zu einer sozialdemokratischen Partei entwickle und verlangen stattdessen einen „klaren Kurs“. Die FDP müsse Stellung gegen den sozialdemokratischen Mainstream aus Großer Koalition und links-grüner Opposition beziehen.

Das ist richtig. Aber das tut die FDP bereits: Ob gegen das Rentenpaket, gegen den Einheits-Mindestlohn, gegen die Frauenquote, gegen die Ausländer-Maut oder gegen die Mietpreisbremse. Die FDP bezieht – mal laut genug und manchmal auch zu leise – eine Gegenposition aus Wettbewerb und Eigenverantwortung. Die inhaltliche Position der Partei zu allen genannten Projekten hat sich seit der Bundestagswahl um kein Jota nach links verschoben.

Trotzdem verharrt die Partei in der Sonntagsfrage zur Bundestagswahl bei um die drei Prozent. Viele Wähler trauen den Liberalen nämlich trotz „klarer Kante“ die Übernahme von Verantwortung nicht zu. Das liegt daran, dass die FDP in der schwarz-gelben Bundesregierung vier Jahre lang ein unprofessionelles Bild abgegeben hat. Künftig professioneller aufzutreten und gekonnter zu kommunizieren ist das Ziel des so genannten Leitbildprozesses.

Dieser Prozess zielt darauf ab, inhaltliche

Forderungen und äußeres Auftreten der Partei an ein klares Ziel zu knüpfen – mehr Menschen die Chancen zu ermöglichen, die sie brauchen, um Freiheit zu leben. Liberale dürfen den Menschen nicht länger erklären, wo angeblich ihre Probleme liegen, sondern müssen zuhören und in der Lage sein, lösungsorientiert und praktisch zu antworten.

Nun steht der Leitbildprozess als angebliche Sozialdemokratisierung der FDP in der Kritik. Abgesehen davon, dass „Sozialdemokrat“ ebenso wie „Konservativer“ oder „Grüner“ kein Schimpfwort sein sollte, erschließt sich nicht, was sozialdemokratisch daran ist, wenn die FDP endlich einmal strukturiert über ihre Themen und ihre Kommunikation nachdenkt.

„Wer für Marktwirtschaft ist, muss kein Schwein sein“

Chancen zu ermöglichen kann auch heißen, Unternehmer von unnötiger Bürokratie zu befreien und die öffentlichen Haushalte in Ordnung zu bringen. Diese Projekte haben auch mit einem neuen Leitbild ihren Platz bei den Liberalen. Aber der Ton macht die Musik. Liberale wollen Bürokratie und Schulden nicht reduzieren, um sich selbst auf die Schulter zu klopfen, sondern weil sie glauben, damit mehr Jobs und mehr Geld für Bildung zu erreichen. Kurz: Wer für Marktwirtschaft ist, muss kein Schwein sein. Liberale müssen ihre eigenen ehrenwerten Motive wiederfinden und lernen, mit ihnen zu argumentieren.

Die FDP schreibt sich auf die Fahnen, dass sich die beste Idee im Wettbewerb herausbilden soll. Daher ist es richtig auch erfolgreiche



Parteien aus dem europäischen Ausland in den Blick zu nehmen und zu versuchen von ihnen methodisch zu lernen. Die JuLis haben sich seit jeher eine professionellere Parteizentrale gewünscht. Dass man nun auch mal auf externe Berater hört, tut einer Partei gut, die strategisch viel zu lange im eigenen Saft gekocht hat.

Was hat es eigentlich mit „klarer Kante“, Selbstbewusstsein und Haltung zu tun, für alle Ewigkeit am Rockzipfel von CDU und CSU zu hängen? Auch die Anbiederung an die Union in der letzten Wahlkampfwoche hat der FDP bei der Bundestagswahl den Kopf gekostet. Gerade die zum Merkel-Fanclub verkommene Union nickt doch jeden ordnungspolitischen Sündenfall der Großen Koalition ab.

Wir müssen kommunizieren wofür wir stehen, nicht nur wogegen

Die FDP ist aktuell die spannendste Partei Deutschlands. Wenn es ihr gelingt, in einem großen Gespräch aller Liberalen Freiheitsprojekte für mehr Menschen zu entwerfen, kann der Wiedereinzug der Liberalen in den Deutschen Bundestag 2017 gelingen. Dazu bedarf es aber eines gemeinsamen Ziels, das über die Ablehnung des „sozialdemokratischen Mainstreams“ hinausgeht. Wofür steht die FDP? Nicht nur wogegen. Gefragt sind neue und kreative Lösungen, die den Traum jedes Menschen respektieren, ihm aber dabei ein Mehr an Entfaltungschancen einräumen.

So kann im Modell der Flexirente jeder Arbeitnehmer selbst entscheiden, wann er zwischen 60 und 70 in Rente geht. In einem liberalen Modell ohne Kammerzwang können beispielsweise neue Selbstständige schneller und unbürokratischer Jobs schaffen als heute. Der nun anlaufende Leitbildprozess der FDP muss das Freiheitslabor aller Liberalen für solche Modelle sein.

Die FDP darf jedoch die jüngere Zielgruppe nicht aus dem Blick verlieren. Die JuLis müssen deswegen den Mund aufmachen, um etwa die Ungerechtigkeiten des Rentensystems, die Wichtigkeit des freien Internets und die Vielfältigkeit der Lebensentwürfe junger Menschen zu artikulieren. Bei Veranstaltungen zum Leitbild Flagge zu zeigen ist wichtiger, als den Frust über die letzte Wahlniederlage mit einem Massaker in den sozialen Netzwerken zu verarbeiten.

Wer für „klare Kante“ eintritt, bemüht gern das Ideal, die FDP müsse zu einer „klassisch liberalen Partei“ werden. Das Praktische an diesem Begriff ist, dass darunter jeder verstehen kann, was er gerne möchte. Manche sehen darin eine Absage an jeden Bindestrich-Liberalismus, ein umfassendes Angebot für wirtschaftliche und individuelle Entfaltung. Andere wünschen sich unter dem Label „klassisch liberal“ eine FDP, die sich durch eine radikalen Ablehnung des Staates und eine obsessive Leugnung jeder Notwendigkeit zu Regulierung auszeichnet.

Der Prozess der Neuaufstellung hat gerade erst begonnen

Unabhängig zu welcher Gruppe man gehört – man sollte sich in keinem Fall der Illusion hingeben, die FDP müsse nur wieder so werden wie in der „guten, alten Zeit.“ Die Steuer- und Abgabenlast der späten Kohl-Jahre hatten mit keiner Form von klassischem Liberalismus etwas zu tun. Auch der gesellschaftspolitische Reformstau am Ende der Neunzigerjahre – man denke nur an die Themen Zuwanderung und Gleichstellung von Homosexuellen – war kein Ruhmesblatt für die damalige FDP.

Es rumort unter Liberalen nicht, weil man manchmal unterschiedlicher Meinung ist. Vielen Liberalen geht die Neuaufstellung der FDP einfach nicht schnell genug. Manche JuLis sind nach der Bundestagswahl mit den Worten „Jetzt erst recht!“ eingetreten und wurden nach der Europawahl und den drei verlorenen Landtagswahlen in Ostdeutschland bitter enttäuscht. Sie wünschen sich zu Recht mehr Tempo und mehr Information durch die Führung der Partei.

Der Prozess zur Neuaufstellung der FDP hat gerade erst begonnen. Die Achse der FDP wird sich dabei nicht nach links verschieben – sie darf sich aber auch nicht in eine Richtung verschieben, bei der abgehobene Theorien oder plumpe Poltern wichtiger sind, als die konkreten Probleme der Menschen. „Klare Kante“ und ein neues Leitbild schließen sich nicht aus. Es wird jedoch in Zukunft nicht mehr reichen, wenn Liberale nur die größte Klappe haben – es muss auch etwas dahinter stecken.

Konstantin Kuhle, Bundesvorsitzender JuLis

FLYERANDO 2.0

Leistung muss sich wieder lohnen

Das Spiel für die ganze JuLi-Familie!

Ihr steht schon seit Stunden in der Fußgängerzone und habt schon lange keine Lust mehr Flyer zu verteilen. Das „Guten Tag, darf ich Ihnen ein paar Informationen mitgeben!“ kommt schon langsam eher unmotiviert über die Lippen und die Füße tun vom stundenlangen Wahlkampf weh?

Dann haben wir jetzt etwas Neues für euch:

Flyerando 2.0

Ein Spiel für zwei im Alter von 14-35.

Ziel des Spiels:

20 Punkte mehr als der Mitspieler erreichen.

Spielmaterial:

FDP/JuLi Flyer

Spielregeln:

Ihr sprecht abwechselnd Bürger an. Vor jedem Passanten legt ihr euch auf eine Punktzahl von 1-10 Punkten fest, die ihr eurem Mitspieler nennen müsst. Seid ihr erfolgreich und bringt den Flyer an den Bürger, erhaltet ihr die von euch genannte Punktzahl. Seid ihr es jedoch nicht, also nimmt der Bürger den Flyer nicht entgegen, wird euch die Punktzahl, die ihr festgelegt habt abgezogen.

Sonderregeln:

- Ist der Grund für die Ablehnung des Flyers die mangelnde Wahlberechtigung des Bürgers (Alter, Wohnort) und macht der Bürger dieses als Ablehnungsgrund deutlich, so bleibt der Punktestand unverändert und der Spieler darf es beim nächsten Bürger noch einmal versuchen.
- „Ich hab schon gewählt“ ist meistens eine billige Ausrede des genervten Passanten und wird deshalb als Ablehnungsgrund nicht akzeptiert. Ebenso wie „Das hab ich schon“ (sollte der Flyer nicht vorzuweisen sein), „Ich hab keine Zeit“ und „Ich hab grad die Hände voll“.
- Verwickelt man den Bürger in ein Gespräch und bringt dieses mit einer positiven Äußerung hinsichtlich der Wahlabsicht zu Ende, gibt es drei Pluspunkte!
- Telefonnummern, Visitenkarten oder ande-

re eindeutige Sympathiebekundungen werden mit einem Extrapunkt gewertet.

- Überzeugt man einen Passanten noch während des Gesprächs JuLi- oder FDP-Mitglied zu werden, ist diese Spielrunde sofort erfolgreich für den Mitgliederwerber beendet und es beginnt sofort ein neues Spiel.

Die Spielrunden sollten am Abend durch Bierrunden ausgeglichen werden. Ein gewonnenes Spiel – ein Bier!

Die Spiele beginnen nach jeder Spielrunde sofort erneut. Flyerando endet erst, wenn der Wahlkampf beendet ist.

Schwierigkeitsgrade:

- Flyeranfänger können sich abwechselnd jeweils Passanten aussuchen. Experten müssen abwechselnd jeden Passanten ansprechen, der an ihnen vorbeigeht.
- Der Schwierigkeitsgrad ist zusätzlich zu steigern, indem die Flyer ohne Give-aways verteilt werden.

Eine Spielrunde als Beispiel:

Linus nennt, als eine Rentnerin auf ihn zukommt, aufgrund seines Schwiegermutter-Charmes die Punktzahl 8. Der Flyer wird erfolgreich im Rollator verstaut.

☛ **Punktestand: Linus 8 : Moritz 0**

Moritz sieht einen glatzköpfigen Sachsen mit Springerstiefeln auf sich zukommen, flüstert „1 Punkt“ und wird sofort mit einem „Euch wähl ich nicht bis Sachsen nicht mehr Crystal-Land ist und die Ausländer uns nicht mehr die Arbeitsplätze wegnehmen!“ abgewiesen.

☛ **Punktestand: Linus 8 : Moritz -1**

Linus sieht einen anzugtragenden Aktenkofferträger sagt siegesbewusst „9 Punkte“ und wird rüde mit dem Hinweis auf das nicht einge-

haltene Steuersenkungsversprechen von 2009 abgewiesen.

☛ **Punktestand: Linus -1 : Moritz -1 oder wieder Gleichstand**

Moritz sieht den linken Studenten und ruft Linus „2 Punkte!“ zu. Der Student entpuppt sich aber als äußerst interessiert an liberalen Theorien und wird sofort von der „neuen FDP“ überzeugt. Nicht nur eine positive Wahlabsicht wird geäußert, sondern auch der JuLi-Mitgliedsantrag sofort ausgefüllt.

☛ **Das Spiel ist erfolgreich beendet – eine neue Runde beginnt!**

Ein Spiel für die ganze JuLi-Familie. Leistung muss sich wieder lohnen und Spaß haben dabei auch.

Die Spielbeispiele beruhen teilweise auf wahren Begebenheiten aus dem Landtagswahlkampf in Sachsen.

Moritz Körner (23) ist Landesvorsitzender der JuLis NRW.

e-mail moritz.koerner@julis-nrw.de

Linus Vollmar (20)

e-mail linusvollmar@gmx.de

facebook [LinusVollmarFDP](https://www.facebook.com/LinusVollmarFDP)



Wiener Wiedersehen und Europäische Öffentlichkeit

Wie europäisch sind eigentlich die Wahlen zum Europäischen Parlament? Eine Frage, die zunächst paradox erscheinen mag, wird bei einem Blick auf die verschiedenen 28 Wahlsysteme und die Debatten während der Europawahl erstaunlich bedeutsam. Auch in diesem Jahr haben sich Mitglieder der JUNOS aus Österreich und der JuLis Deutschland in Wien getroffen.

Das Thema für das Seminar Anfang August war passend zur vorangegangenen Europawahl die europäische Öffentlichkeit. Vom Wahlrecht bis hin zu den Möglichkeiten sozialer Medien für europäische Öffentlichkeit diskutierten die Teilnehmer eine ganze Bandbreite an Themen. Wesentliche Erkenntnis war, dass es über die Spitzenkandidaten hinaus, kaum transnationale Wahlkämpfe gab. Sowohl im Wahlrecht oder in der Wahlkampfkostenerstattung ist das aber auch nicht vorgesehen. Der liberale Europaabgeordnete Andrew Duff hatte versucht dieses Problem mit einer breit angelegten Reform zu ändern, scheiterte damit aber im Parlament. Gemeinsam wollen JuLis und JUNOS das Thema beim Kongress unseres europäischen Dachverbandes LYMEC in Berlin wieder auf die Agenda setzen. In seinem Vortrag ist der NEOS Abgeordnete und Social Media Experte

Niko Alm auf die Potentiale von Social Media für Wahlkämpfe und Politik eingegangen. Sein Input konnten die Seminarteilnehmer und JUNOS aus ganz Österreich beim anschließenden Grillen, je nach Herkunft bei Gespritztem oder Weißweinschorle auf der Dachterrasse der Neosphäre diskutieren.

Neben europäischer Öffentlichkeit standen außerdem ein Parlamentsbesuch im österreichischen Nationalrat und eine Stadtführung auf dem Programm, so, dass die gute Zusammenarbeit mit den JUNOS auch über die Programmatik hinaus gepflegt wurde.

Bei Fragen zum Seminar oder unseren österreichischen Partnern stehen Dir Miriam (miriam.reinartz@julis.de) und Sven (hilgers@julis.de) gerne Rede und Antwort.



Konstantin Kuhle beim Young Leaders Meeting in Thessaloniki.

Rund 20 Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der Mitgliederorganisationen unseres Dachverbandes LYMEC diskutierten vom 26. bis 28. September im griechischen Thessaloniki über die Europawahl, die Zeit danach und über gemeinsame Strategien für die Zukunft.

Unser Vorsitzender Konstantin, sowie unser Mitglied im LYMEC Vorstand Svenja Hahn nahmen ebenfalls teil. Die Vertreter der Organisationen legten die thematischen Schwerpunkte für die Arbeit von LYMEC in den nächsten zwei Jahren fest. Zu den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit sollen auf

Kongressen, Seminaren oder Trainings gemeinsam moderne liberale Konzepte entwickelt werden.

Gemeinsam mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit warfen die Teilnehmer außerdem einen Blick auf die Entwicklung, die aktuelle Situation und mögliche Konzepte für den Liberalismus in Griechenland. Mit mehr als 60 jungen liberalen Griechen entwickelten die Young Leaders Ideen, wie man die Europäische Union und ihrer Mitgliedsländer liberaler gestalten und fit für die Zukunft machen kann.

Autor: Svenja Hahn

Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung + liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung + liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber: Bundesverband Junge Liberale e.V., PF 540243, 10042 Berlin, Telefon: (030) 28 38 87 91, Telefax: (030) 28 38 87 99, E-Mail info@julis.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):
Jeanine Weiss (jundl@julis.de)

Autoren: Anna Behmer, Svenja Hahn, Sven Hilgers, Johannes Knewitz, Moritz Körner, Konstantin Kuhle, Jenny Langner, Michael Lindner, Linus Lunginger, Daniel Sachs, Linus Vollmar, Max Yang, Kevin Zwerg.

Lektorat: Christian Bauer

Auflage: 11.000 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung

Bildnachweise

Seite 10: john krempel / photocase.de

Seite 14: kallejipp / photocase.de

Sofern nicht anders ausgewiesen sind alle Fotos und Illustrationen

© JuLis/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin

Vorschau 04/14



Respekt!

Für die kommende Ausgabe mit dem Schwerpunkt "Respektgesellschaft" können Artikelvorschläge und Ideen eingesandt werden. Mögliche Themen sind Respekt vor: Leistungsbereitschaft; alternativen Lebensentwürfen; Vielfalt; Privatsphäre; jungen Menschen; dem Individuum (...). Einsendeschluss: 30.11.2014.

Auch bzgl. einer Aufnahme in den Autorenverteiler, Leserbrief und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an jundl@julis.de schicken.

Gute Pflege
braucht Begleitung.

**Unser Maßstab:
PFLEGEBERATUNG
ZU HAUSE**

Um Pflegebedürftige bestmöglich beraten zu können, müssen wir ihr Umfeld kennen. Deswegen besuchen wir sie in ihren eigenen vier Wänden. Sie müssen nirgendwohin, unsere Berater kommen zu ihnen. Damit setzen wir Maßstäbe. Und machen Pflege für alle besser.
www.pkv.de



Wir machen *Pflege* besser – für alle.



Verband der Privaten
Krankenversicherung